

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., jährlich 12 Briefmarken. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Anzeigen werden in der „Briefetal-Bote“ für Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Tages- und Nachtzeiten angenommen. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste Nr. 25 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

# Briefetal-Bote

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehmitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechstunde: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 198.

Postfachkonto: Berlin 62 448

Donnerstag, den 17. Dezember 1925

Postfachkonto: Berlin 62 448

24. Jahrg

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

**Wichtiges Fleisch.**  
Sämtliche hiesigen Schlachtmesser werden von jetzt ab auch besterfleisch zum Verkauf bringen.  
Birkenwerder, den 16. Dezember 1925.  
Der Gemeindevorsteher. Blank.

### Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Rückfragen in Wohnungsangelegenheiten finden im Landratsamt des Kreises Niederbarnim in Berlin NW. 40, Friedrich-Karl-Str. 5, täglich außer Sonnabends nur von 11-1 Uhr statt. Vor 11 Uhr oder nach 1 Uhr Erscheinende laufen Gefahr, wegen der allgemeinen Arbeitsbelastung nicht empfangen zu werden.  
Berlin, den 8. Dezember 1925.  
Der Landrat des Kreises Niederbarnim. Schlemminger.

### Der Gemeindevorsteher Ciekowski.

Bergfelde, den 16. Dezember 1925.  
Der Gemeindevorsteher. Ciekowski.

### Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Bei der immer größer werdenden Not beabsichtigt die Gemeindevorwaltung auch in diesem Jahre den Bedürfnissen eine Wohnnachtreue zu bereiten. Um die Einzelne möglichst rasch in die Lage zu versetzen, um gütige Vergabe von Geldbeträgen oder Naturalien entgegenzunehmen im Gemeindefürsorgeamt während der Dienststunden.  
Rückfragen in Wohnungsangelegenheiten finden im Landratsamt des Kreises Niederbarnim in Berlin N. W. 40, Friedrich-Karl-Str. 5, täglich, außer Sonnabends, nur von 11-1 Uhr statt. Vor 11 Uhr oder nach 1 Uhr Erscheinende laufen Gefahr, wegen der allgemeinen Arbeitsbelastung nicht empfangen zu werden.  
Borgsdorf, den 16. Dezember 1925.  
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

### Was gibt es Neues?

Der Austausch der Passionsurkunden über den deutsch-italienischen Handelsvertrag hat am 15. Dezember in Rom stattgefunden und der Vertrag ist damit in Kraft getreten.  
Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat entschieden, daß amerikanische Bürger deutscher Botschaftsangelegenheiten unabhängig von den deutschen Aufwertungsgegenständen aus den beschlagnahmten Beständen der deutschen Eigentümern in Anspruch genommen werden müssen.  
Der Völkerbundrat hat das Moskaugebiet dem unter englischer Mandatsverwaltung stehenden Königreich Griechenland zugesprochen.  
Die Finanzkommission der französischen Kammer hat die Steuererleichterungen des Ministers Loucheur zurückgewiesen.

### Kochs Arbeitsprogramm.

Die Besprechungen mit den Parteiführern.  
Berlin, 16. Debr. Der vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte Führer der Demokratischen Partei, Abg. Koch, hatte nach der ersten Führungsnahme mit den für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien die Richtlinien für ein gemeinsames Arbeitsprogramm ausgearbeitet. Diese Richtlinien, die in der Hauptsache die Fragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik betreffen, sind zwischen dem Abg. Koch und dem Reichspräsidenten Dr. Brauns durchgesprochen worden. Dabei ergab sich eine vollständige Übereinstimmung zwischen dem Arbeitsminister und dem Beauftragten des Reichspräsidenten.  
Im Anschluß daran nahm die vom Abg. Koch einberufene Konferenz der Parteiführer zur Erörterung der Programmpunkte ihren Anfang. Es nahmen daran teil für die Sozialdemokraten die Abgg. Müller-Franke, Dittmann, Hilferding und Wels, für das Zentrum die Abgg. Guérard und Marx, für die Deutsche Volkspartei die Abgg. Dr. Scholz und Dr. Japsf, für die Demokraten die Abgg. Dr. Haas und Grefenz und für die Bayerische Volkspartei Abg. Dr. Leidolf.

Bei dieser Besprechung ergab sich grundlegendes Einverständnis. Es wurde aber vorbehalten, daß die Fraktionen noch Erwägungen oder Klarstellungen verlangen können.

Dollarsorgen zu Weihnachten über die amerikanischen Angestellten und Arbeiter. Die großen Banken und Geschäftshäuser Amerikas haben beschlossen, in diesem Jahre ihren Angestellten und Arbeitern reichlichere Weihnachtsgeschenke zu bewilligen. Die New-Yorker Geschäftswelt allein werden rund 75 Millionen Dollars hierfür ausgeben, das ist ein Drittel mehr als im letzten Jahr. Für das ganze Land wird der Betrag schätzungsweise 250 Millionen Dollars, also über eine Milliarde Goldmark, betragen.

Berlin. Am „Silbernen Sonntag“ waren hier nicht weniger denn acht Selbstmorde zu verzeichnen; gewiß ein äußerst tragisches Zeichen der herrschenden Notzeit.

Wien. Im Jesuitenstift Koltsburg (Niederösterreich), in dem früher die österreichischen Aristokratensöhne erzogen wurden, ist eine Tuberkulose ausgebrochen. 27 Jünglinge liegen schwer erkrankt darnieder.

Kulmbach. Achtzehn rumänische Soldaten, die in den Bergen bei Rimpolung auf Wägen standen, wurden erstochen aufgefunden.

### Justizfragen im Landtag.

Keine Einstellung des Barmatverfahrens.

— Berlin, den 15. Dezember 1925.  
Nachdem das Haus die dritte Lesung des Stultasahs, falls am Montag abend erledigt hätte, wurde heute der Haushalt des Justizministeriums in Angriff genommen.

Staatssekretär Ritzsch beantwortete die Große Anfrage der Kommunisten gegen Barmat dahin, daß das Strafverfahren gegen Barmat nicht eingestellt sei, daß vielmehr Beschluß zu fassen sei wegen Eröffnung des Hauptverfahrens. Anlaß zu der Vermutung, daß Barmat Vermögensschäden in Sicherheit gebracht habe, liegt nicht vor.

Abg. Stenkel (D. Sp.) legte die Stellung seiner Partei zur Abfindung der Dohsen-Aktion dar. Was gehe es das Reich an, die einzelnen Länder sich mit ihren früheren Fürsten abfinden zu lassen, wenn da nicht, wie der demokratische Antrag es wolle, einer bestimmten Prozentzahl nach Maßgabe der Aufwertung als bindend vorzuschreiben.

Abg. Falk (Dem.) bezweifelte es als abwegig, von etwaigen Übergriffen des Reiches den Ländern gegenüber zu sprechen. Dem Reich steht sehr wohl die Kompetenz zu, hier notwendig vorzugehen. Nebenfalls darf man auch nicht vergessen, welche Stimmung es erzeuge, wenn Hunderte von Millionen den Dohsenpolen ausgehoben werden sollen, weil der Wuchst des Geldes es verlange, während die Ausstandsbesitzungen und diejenigen, die ihr Vermögen nicht durch die Entwertung der Verhältnisse verloren haben, mit einer Beihilfe abgefunden werden. (Beifall links.)

### Ein stürmischer Zwischenfall.

Im weiteren Verlauf der Aussprache kam es zu einer tumultuösen Demonstration gegen den völkischen Abgeordneten B. U. L., der bekanntlich vor einigen Tagen im Nordparkstraße an dem Wohnort des Oberleitnants Müller-Dammers beschuldigt wurde. Abg. Grewer (D. Sp.) erklärte, es beweise sich im Saal immer noch ein Mann, der unter hartem Verdacht stehe, an einem Werk mitbeteiligt zu sein.

Abg. Müller (D. Sp.), gegen den sich die Erklärung richtete, die Erklärung betraf, verließ die Sozialdemokraten geschlossen den Saal. Seine Ausführungen gingen in dem großen von den Kommunisten veranstalteten Särm unter, der schließlich, da ihn der Vizepräsident nicht zu helfen vermochte, zu einer kurzen Unterbrechung der Sitzung führte.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde Abg. Wulle (D. Sp.) von den Linken abermals mit stürmischen Zurufen bedrohlich, Wulle (D. Sp.) und dem Zentrum Sozialdemokraten und Kommunisten unter lebhaften Protesten den Saal.

Abg. Wulle (D. Sp.) bestritt dann ganz entschieden, daß er, wie Grüne-Lieber behauptet, den Wort an dem Oberleitnant Müller abgegeben und sein Einverständnis mit dem Tatbestand hätte. Erst nach Monaten hätte er von dem Reich erfahren. Alle gegen ihn gerichteten Behauptungen seien erlunken und erlogen. Beobachtet sei, daß man ihn nicht als Heugel geladen habe.

Damit war der Zwischenfall erledigt. — Das Haus ging über zum Haushalt für Volkswirtschaft.

Nach kurzer Aussprache, an der sich u. a. auch der Wohlfahrtsminister Ritzsch beteiligte, war auch dieser Etat erledigt. Damit war die dritte Staatsberatung beendet.

Das Haus wandte sich den Bestimmungen zu. In wesenlicher Abstimmung wurde der Antrag auf Aufhebung der Barmatfrage und Preisbreitungsverordnungen abgelehnt.

Annahme fand die Entschließung, mit Rücksicht auf die Ränder wählende der Reichstagsfraktionen ein sofortiges Verbot aller öffentlichen Karnevalsveranstaltungen für diesen Winter zu verhängen.

Die Anfrage Dr. v. Campe (D. Sp.) und Falk (Dem.) auf Errichtung einer evangelischen Akademie auf paritätischer Grundlage in Frankfurt a. M. wurden gegen Zentrum, Deutschnationale, Volkische und Wirtschaftspartei angenommen.

In wesenlicher Abstimmung wurde der Antrag der Deutschen Volkspartei, die frühere Entlassung des Intendanten der Berliner Staatsoper v. Schilling als zurückzuführen und eine halbjährige Prüfung des entsprechenden Kontrahenten herbeizuführen, mit 227 gegen 150 Stimmen bei fünf Enthaltungen abgelehnt.

### Die Befoldungsfrage im Reichstag.

Einmalige Beihilfe für die Gruppen 1 bis 6.

— Berlin, den 15. Dezember 1925.  
Der Reichstag legte heute die Debatte über die Aufhebung der Beamtengehälter fort. Vor Beginn der Sitzung hatte der geschäftsführende Reichsanwalt Dr. Lütger die Parteiführer empfangen und ihnen die Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter zu überreichen.

Als erster Redner sprach Abg. Groß (Ztr.). Er betonte die Notwendigkeit, aufstrebend auf die aufstrebenden Massen der Beamten einzugehen. Die öffentlichen Demonstrationen trügen nicht dazu bei, das Ansehen und den Einfluß des Beamtenstandes zu heben und die rechtlichen Grundlagen der Beamtenstellung zu festigen und zu sichern.

Abg. Steinbock (Soz.) nannte es wünschenswert, wenn die Deutsche Volkspartei sich besonders der höheren Gruppen annehme. Wenn es so weit komme, daß die Beamten vor Weihnachten nichts mehr erhalten, dann trage die Schuld daran die Dumpfregierung mit Dr. Lütger an der Spitze.

Abg. Gude (Wirtsch. Sp.) warnte davor, die schwere Notlage der Beamten durch parteipolitisch auszuhebeln. Das notwendige Mittel zur Besserung der Lage sei der Preisabbau.

Abg. Dauer (D. Sp.) appellierte an den Reichstag und lehnte eine Beamtenpolitik der leeren Versprechungen und großen Redensarten ab.

### Reichsanwalt Dr. Lütger

erklärte, daß er im Namen der geschäftsführenden Reichsregierung noch einmal aussprechen müsse, daß es ihr unmöglich ist, den Beschluß durchzuführen, der eine Dauerregelung vorsehe und damit auch die kommende Regierung gebunden würde. Andererseits hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß für die Beamtenstellung mindestens in ihren notwendigsten unteren Gruppen etwas Positives im Rahmen unserer beschränkten finanziellen Möglichkeiten geschieht. Die Regierung ist auch damit einverstanden, daß in dem Antrag der Bayerischen Volkspartei das Frauenrecht von 5 auf 10 Mark erhöht wird. Die ganze Frage der Befoldungsreform wird in eingehender Zusammenarbeit mit dem Reichstag nächstens endgültig entschieden werden. Hier handelt es sich um eine sofortige Notstandsmaßnahme. Wer den Beamten wirklich helfen will, der sollte dem Antrag der Bayerischen Volkspartei mit der erhöhten Frauenzulage zustimmen.

Damit ist die Aussprache beendet.

Der Antrag der Bayerischen Volkspartei wurde darauf mit dem erhöhten Frauenzuschlag mit großer Mehrheit angenommen.

Danach wird als einmalige Notmaßnahme noch vor Weihnachten den Beamten, Vorgesetzten und Beihilfegeldempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angehörigen der Gruppen 1 bis 4 eine Zulage in Höhe von einem Viertel des Bezuges und 6 eine Zulage in Höhe von einem Fünftel des Bezuges bewilligt. Die Zulage in Höhe von einem Fünftel des Bezuges bewilligt, mindestens aber den Betrag 30 Reichsmark, den Empfänger eines Frauenzuschlages 40 Reichsmark, den Empfänger eines Kinderzuschlages oder Kinderbeihilfen für jedes Kind mindestens 5 Reichsmark und den Vollwaisen mindestens insgesamt 10 Reichsmark. Die Kreisbeschäftigten und Kreisbeschäftigten erhalten ein Viertel der Bezugszulage.

Zum Schluß wurde noch der Gesetzentwurf zur Entlastung des Reichsgerichts endgültig verabschiedet. Darauf verlagte sich das Haus auf Mittwoch. Auf der Tagesordnung steht die Senkung der Lohnsteuer.

### Die Bischofsfrage verlagert.

Der Kirchenrat soll einen neuen Gesetzentwurf vorlegen.

Die Preussische Generalynode hat in ihrer letzten Sitzung am Donnerstag mit 131 gegen 73 Stimmen beschlossen, den Kirchenrat zu beauftragen, der nächsten Tagung der Generalynode eine Vorlage über die anderweitige Amtsbezeichnung des geistlichen Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, der Generalinspektoren und Superintendenten zu machen.

Mit diesem Beschluß ist der Beschluß erster Lesung über die Verteilung des Bischofsamts an die Generalinspektoren hinfortig geworden, und die endgültige Entscheidung der Bischofsfrage bis zur nächsten Tagung der Generalynode, voraussichtlich im Herbst 1926, verlagert.

### Rechtsfolgen eines Aufwertungsverzichts.

Eine Warnung des Preussischen Justizministeriums.

Nach Wahrnehmungen, die man im Preussischen Justizministerium gemacht hat, wird in Fällen, in denen die Beteiligten sich über die Aufwertung einigen, häufig auf die durch § 16 des Aufwertungsgesetzes vorgeschriebene Anmeldung verzichtet. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, werden in einer allgemeinen Verfügung des Staatsministers die Justizbehörden, die Aufwertungsrecht wahrnehmen oder Aufwertungsrechte zu beraten haben, darauf hingewiesen, daß, da das Gesetz über die Möglichkeit eines solchen Verzichts nicht enthält, die Wirksamkeit des Verzichts zum mindesten nicht ungewiss ist, und daß jedenfalls da, wo Nachrechte vorhanden sind, für den Aufwertungsberechtigten die Gefahr besteht, durch das Unterlassen der Anmeldung Nachschaden zu erleiden oder doch in Rechtsstreitigkeiten verwickelt zu werden. Der Minister empfiehlt, die Anmeldung rechtzeitig, d. h. bis zum 1. Januar 1926, nachzuholen.

### Gerichtsentlastung in Aufwertungs- und Grundbuchsachen.

In einer zweiten allgemeinen Verfügung hat der Preussische Justizminister die Gerichtspräsidenten mit der selbständigen Erledigung folgender Geschäfte der Aufwertungsstelle beauftragt: 1. der Erteilung von Urteilen; 2. der Kostenfestsetzung. Ferner können nach Maßgabe im einzelnen festgelegter Bestimmungen weitere einfachere Geschäfte der Richter in Aufwertungs- und Grundbuchsachen von Beamten des mittleren Dienstes als Rechtspfleger wahrgenommen werden.

### Deutsches Reich.

— Berlin, den 16. Dezember 1925.  
Neue Befoldungslisten für Koblens. Auf Anordnung des französischen Oberbefehlshabers im Rhein-